

Gesundheit fördern

Libérale Gesellschaftspolitik will die unterschiedlichen Lebensbedingungen der Menschen ausgleichen und Benachteiligten so helfen, daß sie die Chance zur selbständigen Daseinsbewältigung haben. Beides ist auch erforderlich, um die Gesundheit zu fördern. Krankheit gehört zu jenen Risiken, die alleine nicht bewältigt werden können. Dann solidarisch füreinander einzustehen, ist in den Ideen des Liberalismus fest verankert.

Dies wird aber nur gelingen, wenn die Bürger befähigt sind, mit der Gesundheit in den verschiedenen Phasen ihres Lebens sowie mit eigener oder fremder Behinderung und chronischem Leiden umzugehen und ihnen ermöglicht wird, mehr Einfluß auf ihre Gesundheit und ihre Lebenswelt auszuüben.

Die FDP will daher, dass das in Niedersachsen immer noch gültige, von 1934 stammende Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens endlich abgeschafft wird. Fragen der öffentlichen Gesundheit wie etwa zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz, zur Gesundheitshilfe oder zur Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen müssen in einem neuen, zeitgemäßen Gesundheitsdienstgesetz geregelt werden.

Die FDP wird hierzu gleich zu Beginn der Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorlegen.

In Niedersachsen besteht eine gute medizinische Versorgung, die den medizinischen Fortschritt für alle nutzbar macht. Zugleich zwingt aber die Kostenproblematik zur Strukturreform im Gesundheitswesen mit einem Mehr an sozialverträglicher, steuernder Selbstbeteiligung.

Die Kostenproblematik einer guten medizinische Versorgung, ist der Bundesebene zugeordnet. Bei uns in Niedersachsen kann allerdings viel getan werden, um die Gesundheit zu fördern.

Eine enge Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung ist im Sinne der Patienten und erfordert eine den örtlichen Gegebenheiten angepaßte Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten, anderen medizinischen Fachberufen und ambulanten Pflegediensten.

Fairer Wettbewerb unter den verschiedenen Anbietern im Bereich der sozialen Betreuung erhöht die Wahlmöglichkeiten derjenigen, die Hilfe brauchen. Er trägt damit zur Verbesserung der individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und der Betreuungsqualität bei.

Die FDP tritt deshalb für Vielfalt der betreuungsangebote und Gleichberechtigung privater Anbieter gegenüber kommunalen und freigemeinnützigen Trägern ein.

Libérale Gesundheitspolitik bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe. Sie will die Menschen darin unterstützen, sich ihre Gesundheit zu erhalten oder wieder herzustellen, sich dabei ihrer Mitverantwortung für die eigene Gesundheit bewußt zu sein. Diese Eigenverantwortung und Selbsthilfe kann und soll sich gerade im Schutz der Solidarität entwickeln.

Die Niedersächsische FDP unterstützt deshalb die gleichsinnigen Bestrebungen der Weltgesundheitsorganisation zur **Gesundheitsförderung** in besonderer Weise

Wir Liberalen fordern deshalb:

- Ersatz des überholten Gesundheitsdienstgesetzes von 1934 durch ein neues Gesetz, das den umweltbezogenen Gesundheitsschutz Gesundheitsförderung stärkt
- Unterstützung der Selbsthilfeorganisationen und Beratungsstellen für Selbsthilfe
- stärkere Einbindung der regionalen Krankenkassen, der Landesversicherungsanstalt und anderen Sozialleistungsträger in die gesundheitliche Aufklärung gemeinsam mit den niedersächsischen Gesundheitsämtern, zum Beispiel durch bessere Gesundheitsberichterstattung und neue Informationssysteme für Patienten
- bessere Zusammenarbeit dieser Träger mit der Ärzteschaft vor Ort zugunsten der Stärkung der ambulanten wohnort- und bürgernahen Versorgung